

Anlage 7a

zu § 32 Absatz 5 Nummer 1 BbgKWahlV

Zustimmungserklärung für die Wahl

(Zutreffendes bitte ankreuzen und die erforderlichen Angaben eintragen!)

- des Kreistages
- der Stadtverordnetenversammlung
- der Gemeindevertretung
- des Ortsbeirats

im/in _____
(Name des Landkreises, der Stadt, der Gemeinde oder des Ortsteils [= Wahlgebiet] eintragen)

im Wahlkreis _____
(Name oder Nummer des Wahlkreises eintragen, wenn sich die Zustimmungserklärung auf einen **wahlkreis**bezogenen Wahlvorschlag bezieht)

am _____
(Tag der Wahl eintragen)

Ich

Familienname: _____
Vornamen: _____
Beruf oder Tätigkeit: _____
Tag der Geburt: _____
Geburtsort: _____
Staatsangehörigkeit: _____
Anschrift Straße, Hausnummer: _____
Postleitzahl, Wohnort: _____

stimme meiner Benennung als Bewerberin oder Bewerber auf dem Wahlvorschlag der/des

Name des Wahlvorschlags(trägers):	etwaige Kurzbezeichnung des Wahlvorschlags(trägers):

für die obige Wahl zu.

Ich versichere, dass ich für keinen weiteren Wahlvorschlag derselben Wahlart meine Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber gegeben habe.

Diese Erklärung ist nur von Bewerberinnen und Bewerbern abzugeben, die auf einem Wahlvorschlag einer Partei benannt sind!
Ich versichere, dass ich <input type="checkbox"/> Mitglied der oben genannten Partei und Mitglied keiner weiteren Partei bin. <input type="checkbox"/> Mitglied folgender Partei/en bin: _____ <input type="checkbox"/> parteilos bin.

_____, den _____
(Ort) (Datum)

(Handschriftliche Unterschrift der Bewerberin oder des Bewerbers)

Bitte die Datenschutzhinweise auf der Rückseite beachten!

Informationen zum Datenschutz

Für die mit Ihrer Zustimmungserklärung angegebenen personenbezogenen Daten gilt:

1. Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten dient dazu, Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber nach § 28 Abs. 5 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz nachzuweisen.
Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und Artikel 9 Abs. 2 Buchstabe g Datenschutz-Grundverordnung in Verbindung mit den §§ 28, 36 und 37 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz und den §§ 32, 37 bis 39 Brandenburgische Kommunalwahlverordnung.
Ihre personenbezogenen Daten werden auch für die öffentliche Bekanntmachung der vom Wahlausschuss zugelassenen Wahlvorschläge nach § 38 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz in Verbindung mit § 40 Abs. 1 Satz 2 Brandenburgische Kommunalwahlverordnung und für die Erstellung der Stimmzettel nach § 39 Abs. 2 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz in Verbindung mit § 41 Brandenburgische Kommunalwahlverordnung verarbeitet.
2. Sie sind nicht verpflichtet, Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen.
Ihre Zustimmungserklärung ist aber nur mit diesen Angaben gültig.
3. Verantwortlich für die Verarbeitung der mit Ihrer Zustimmungserklärung angegebenen personenbezogenen Daten ist die den Wahlvorschlag einreichende Partei, politische Vereinigung, Wählergruppen, Listenvereinigung oder die Einzelbewerberin bzw. der Einzelbewerber.
Nach Einreichung des Wahlvorschlages bei der zuständigen Wahlleitung (Postanschrift:)¹⁾ ist diese für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich.
4. Empfänger der personenbezogenen Daten ist der Wahlausschuss (Postanschrift: siehe oben Nummer 3) und die Wahlleiterin.
Im Falle von Beschwerden gegen die Nichtzulassung bzw. Zulassung von Wahlvorschlägen kann auch der Kreiswahlausschuss bzw. der Landeswahlausschuss der Empfänger der personenbezogenen Daten sein.
Im Falle von Wahleinsprüchen können auch die neu gewählte Vertretung und die Gerichte Empfänger der personenbezogenen Daten sein.
Die personenbezogenen Daten in den vom Wahlausschuss zugelassenen Wahlvorschlägen werden öffentlich bekannt gemacht und können zusätzlich im Internet veröffentlicht werden (§§ 38 und 98a BbgKWahlG sowie § 40 Abs. 1 BbgKWahlV).
5. Die Frist für die Speicherung der personenbezogenen Daten richtet sich nach § 90 Abs. 1 Brandenburgische Kommunalwahlverordnung: Wahlunterlagen können 60 Tage vor der Neuwahl vernichtet werden. Der Landeswahlleiter kann zulassen, dass die zur Vernichtung in Betracht kommenden Wahlunterlagen früher vernichtet werden, soweit sie nicht für ein schwebendes Wahlprüfungsverfahren oder für die Strafverfolgungsbehörde zur Ermittlung einer Wahlstrafat von Bedeutung sein können.
6. Nach Artikel 15 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen.
7. Nach Artikel 16 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Dadurch wird Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber nicht zurückgenommen. Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bis zum Ablauf des Wahltages können Sie die Berichtigung Ihrer personenbezogenen Daten nur unter den Voraussetzungen des § 36 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz verlangen.
8. Nach Artikel 17 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen die unverzügliche Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind und die Speicherfrist abgelaufen ist, Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden oder der Verantwortliche zur Löschung verpflichtet ist. Dadurch wird Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber nicht zurückgenommen.
9. Nach Artikel 18 Datenschutz-Grundverordnung können Sie von dem Verantwortlichen statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangen, soweit Ihre personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind oder Ihre personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden. Sie können die Einschränkung der Verarbeitung auch dann verlangen, wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind. Nach Ablauf der Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge bis zu Ablauf des Wahltages können Sie die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nur unter den Voraussetzungen des § 36 Brandenburgisches Kommunalwahlgesetz verlangen. Durch einen Antrag auf Einschränkung der Verarbeitung wird Ihre Zustimmung zur Benennung als Bewerberin oder Bewerber nicht zurückgenommen.
10. Beschwerden können Sie an die Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg (Postanschrift: Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg, Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow, poststelle@lda.brandenburg.de) oder an den Datenschutzbeauftragten des jeweils für die Datenverarbeitung Verantwortlichen (siehe oben Nummer 3) richten.
11. Sie können diese Informationen auch auf den Internetseiten des Landeswahlleiters unter <https://wahlen.brandenburg.de> ansehen.

¹⁾ Hier sind die Kontaktdaten der (Kreis-)Wahlleitung einzutragen.